

Bei Ortsumgehung bahnt sich eine tragbare Lösung an

VERKEHR Bürgermeister Alfons Lang informiert den Gemeinderat über Gespräche mit Landrat Herbert Mirbeth zur Verbesserung der Situation in Niedertraubling.

VON BEATE LUTZ-MASS, MZ

OBERTRAUBLING. Die Ortsumgehung um Niedertraubling muss her, und zwar so schnell wie möglich – darüber sind sich Bürgermeister und Gemeinderat angesichts der drängenden Verkehrsproblematik seit langem einig. Nun könnte es sein, dass die Kommune selbst zur Tat schreitet. Laut Bürgermeister Alfons Lang hat Landrat Herbert Mirbeth Unterstützung signalisiert. Wie Lang bei der letzten Gemeinderatssitzung bekannt gab, ist es nun so, dass der Bau der Ortsumgehung im neuen Straßenausbauplan der Regierung nicht in die erste Dringlichkeitsstufe aufgenommen wurde und damit erst einmal in weite Ferne gerückt ist.

Dass dies zu erwarten gewesen war, hatte Lang bereits in der letzten Bauausschusssitzung angedeutet (MZ berichtete). „Jetzt stehen wir wieder mit leeren Händen da, brauchen aber dringend eine Entlastung“, betonte Lang erneut. Tag für Tag staut sich der Verkehr an der chronisch überlasteten Kreuzung der B 15 und der St 2111 zwischen Ober- und Niedertraubling. Tag für Tag stehen die Fahrzeuge zu den Hauptverkehrszeiten Stoßstange an Stoßstange, nicht nur auf der B 15 sondern auch innerorts.

Suche nach gemeinsamer Lösung

Diesem unerträglichen Zustand könnte in naher Zukunft abgeholfen werden, wenn die Gemeinde und der Landkreis gemeinsam eine Lösung anstreben, die Lang dem Gremium skizzierte: Ein Teil der Ortsumgehung, nämlich das Stück von der St 2111 östlich von Niedertraubling bis zum Sportzentrum, müsste in kommunaler Baulast erstellt werden, wobei mit einem Zuschuss von 80 Prozent gerechnet werden könne. Laut Lang habe Mirbeth vorgeschlagen, dass die restlichen 20 Prozent von der Gemeinde und dem Landkreis zu gleichen Tei-

len übernommen werden könnten.

Damit würde dann noch der Abschnitt zwischen der Einmündung der Südspange in die B 15 und der St 2111 fehlen. Hier habe nun Mirbeth vorgeschlagen, dass der Landkreis dieses Stück als Kreisstraße baut. „Das muss allerdings erst noch durch den Kreistag“, schränkte Lang ein. Er sei jedoch „hoffnungsvoll“ und gehe davon aus, „dass wir auf diesem Weg weiterkommen“. Dann müsste nur noch die Oberste Baubehörde zustimmen, dass das Staatliche Bauamt die Planung für die Maßnahme übernehmen könne.

Diskussion um Hochwasserschutz

Zu Beginn der Sitzung hatte sich der Gemeinderat mit möglichen Maßnahmen zum Hochwasserschutz am Litzlbach bei Piesenkofen und am Mühlbach in Gebelkofen befasst. Josef Meier vom Ingenieurbüro EBB stellte Untersuchungen vor und gab einen Überblick über die zu erwartenden Kosten. Am Litzlbach könnte durch eine Vertiefung der bestehenden Rückhaltebecken und die Errichtung eines höheren Damms, beziehungsweise die Erhöhung des bestehenden, eine Volumenvergrößerung von insgesamt rund 10 700 Kubikmetern erzielt werden. Dies käme laut Meier auf 436 000 Euro (mit einem neuen Damm), respektive 386 000 Euro (mit Aufbau auf bestehendem Damm).

Gemeinde kann nicht alles zahlen

In Gebelkofen sei innerorts angesichts beengter Platzverhältnisse wenig Spielraum für Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser gegeben. Sinnvoller wäre es, so der Experte, bereits vor Beginn der Bebauung ein Rückhaltebecken zu schaffen. 200 000 Kubikmeter Stauvolumen seien dabei vonnöten, erklärte Meier. Hier hakte dann der Bürgermeister ein: „Diese Dimension erschlägt einen. Nach meinem persönlichen Dafürhalten müssten 50 000 Kubikmeter reichen.“

Die Kommune träge mit der großen Lösung Vorsorge für Bereiche, die weit über das Gemeindegebiet hinaus gingen, erklärte Lang. Das wolle die Gemeinde nicht alles zahlen. Der Bürgermeister schlug vor, sich mit den Bürgermeistern der Anliegergemeinden zusammenzusetzen, um eine gemeinsame Lösung zu finden.